

Seifert, Michael

Article

Zum Konjunkturverbund in Westeuropa

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Seifert, Michael (1997) : Zum Konjunkturverbund in Westeuropa, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 3, Iss. 14, pp. 9-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142864>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zum Konjunkturverbund in Westeuropa*

Mit der für 1999 vorgesehenen dritten Stufe auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion wird die Geldpolitik aus der nationalen Zuständigkeit herausgelöst und auf die gemeinsame Europäische Zentralbank übertragen. Mit den dann für alle an der Währungsunion teilnehmenden Länder identischen monetären Rahmenbedingungen (z.B. einheitlicher Diskontsatz) verknüpft sich die Erwartung, daß sich die konjunkturellen Verläufe annähern und eine zunehmend gleichgerichtete Entwicklung zeigen werden. Am Beispiel der vier größten westeuropäischen Volkswirtschaften zeigt sich rückblickend, daß eine solche Annäherung erst beobachtet werden kann, nachdem die Länder innerhalb des Europäischen Währungssystems in ihrer Geldpolitik zu einem stabilitätsorientierten Kurs übergegangen waren. Zu Beginn der 90er Jahre wurde dieser Prozeß durch die infolge der deutschen Vereinigung wieder unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Prioritäten unterbrochen. Diese Erfahrungen deuten darauf hin, daß eine nicht abgestimmte Wirtschaftspolitik – vor allem beim Auftreten asymmetrischer Schocks – die Stabilität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gefährden kann, wenn divergierende nationale wirtschaftspolitische Zielvorstellungen die auf Stabilität verpflichtete europäische Geldpolitik konterkarieren.

Im Hinblick auf die Europäischen Währungsunion bietet es sich an, aus einem Vergleich der konjunkturellen Verläufe in den vier wirtschaftlich wichtigsten EU-Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien) – wobei hier schwerpunktmäßig die Erfahrungen mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) interessieren – Rückschlüsse auf mögliche Stabilitätsprobleme in einem einheitlichen Europäischen Währungsraum zu ziehen. Die konjunkturelle Entwicklung und die zyklischen Positionen dieser vier Länder waren zwischen 1970 und 1996 unterschiedlich ausgeprägt. Ein Blick auf die Abbildung 2 zeigt eine tendenzielle Annäherung der durch die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erfaßten kon-

junkturrellen Schwankungen in den 80er Jahren, was auf einen durch das EWS bewirkten enger werdenden Konjunkturverbund hindeutet, da ab Mitte der 80er Jahre der eher beschäftigungsorientierte Einsatz der Geldpolitik in Frankreich, Italien und Großbritannien²⁰ zugunsten eines stabilitätsorientierten Kurses²¹ aufgegeben wurde. Vor diesem Hintergrund trat das EWS zwischen 1987 und September 1992 in eine Phase der relativen Stabilität ein. Mit den zu Beginn der 90er Jahre auseinanderlaufenden nationalen wirtschaftspolitischen Prioritäten wird auch der Prozeß der Annäherung der konjunkturellen Schwankungen unterbrochen. Während die Bundesbank aufgrund der vereinigungsbedingten Sonderkonjunktur eine eher restriktive Politik betrieb, gingen Italien und Frankreich infolge eigener Rezessionsprobleme zu einer expansiven Geldpolitik über. Das aus unterschiedlichen geldpolitischen Strategien resultierende Zinsgefälle führte schließlich zum Ausscheiden Italiens und Großbritanniens – das im Gegensatz zu den kontinentaleuropäischen Ländern von der sich bereits Ende der 80er Jahre abzeichnenden rezessiven Entwicklung früher getroffen wurde – aus dem Währungsverbund und zur Erweiterung der Bandbreiten im EWS.

Ein Vergleich der Konjunkturzyklen

Um die in den Abbildungen 1 und 2 erkennbaren graduell unterschiedlichen Annäherungen zwischen den Zyklen der betrachteten Länder näher zu untersuchen, kann die Korrelation der konjunkturellen Schwankungen herangezogen werden. Als Maß für die Schwankung wird die prozentuale Trendabweichung berechnet. Trendabweichungen können als Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung interpretiert werden und sind insofern zur Festlegung von Wendepunkten besser geeignet als Wachstumsraten. Abbildung 3 zeigt die trendmäßige Entwicklung der Veränderungsrate des realen BIP für die vier größten westeuropäischen Industrieländer, wobei der Trend mittels

²⁰ Großbritannien war zwar Mitglied im EWS, beteiligte sich aber nur zwischen 1990 und 1992 am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus.

²¹ Ab Mitte der 80er Jahre wurde in diesen Ländern – dem Vorbild der Deutschen Bundesbank folgend – dem Ziel der Preisstabilität ein größeres Gewicht beigemessen, so daß es zu einer Angleichung der Geldpolitik kam. Vgl. z.B. WILLMS, M.: Internationale Währungspolitik. München 1995.

* Dieser Beitrag bildet den Auftakt zu einer Reihe von ökonomischen Problemstellungen, die im Hinblick auf die Europäische Währungsunion und die Entwicklung in der EU zunehmend relevant werden, und mit denen sich das IWH zukünftig stärker befassen wird.

Abbildung 1:

Entwicklung der Veränderungsrate des realen BIP gegenüber dem Vorquartal für die vier größten westeuropäischen Volkswirtschaften zwischen 1970/I und 1979/IV
- in vH -

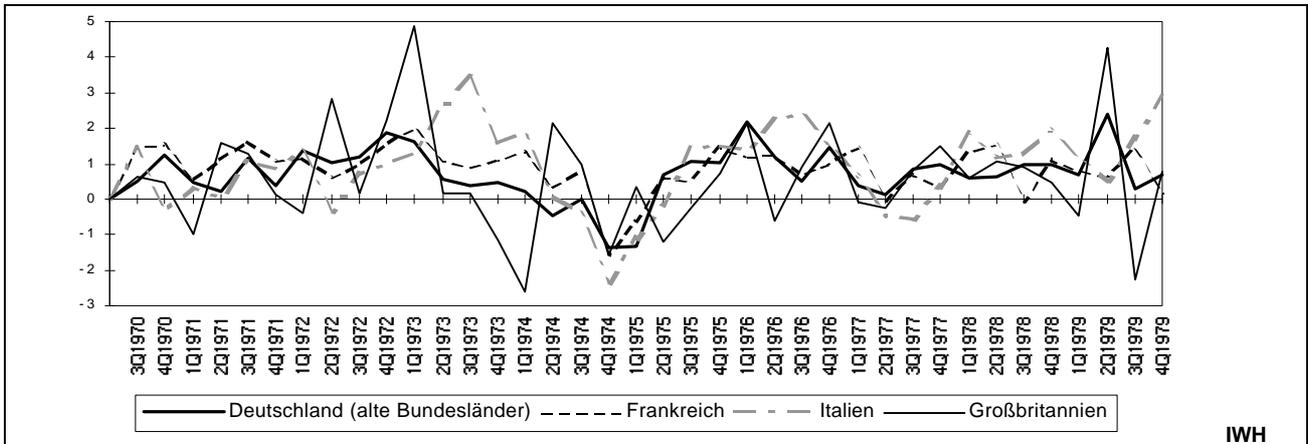


Abbildung 2:

Entwicklung der Veränderungsrate des realen BIP gegenüber dem Vorquartal für die vier größten westeuropäischen Volkswirtschaften zwischen 1980/I und 1996/IV
- in vH -

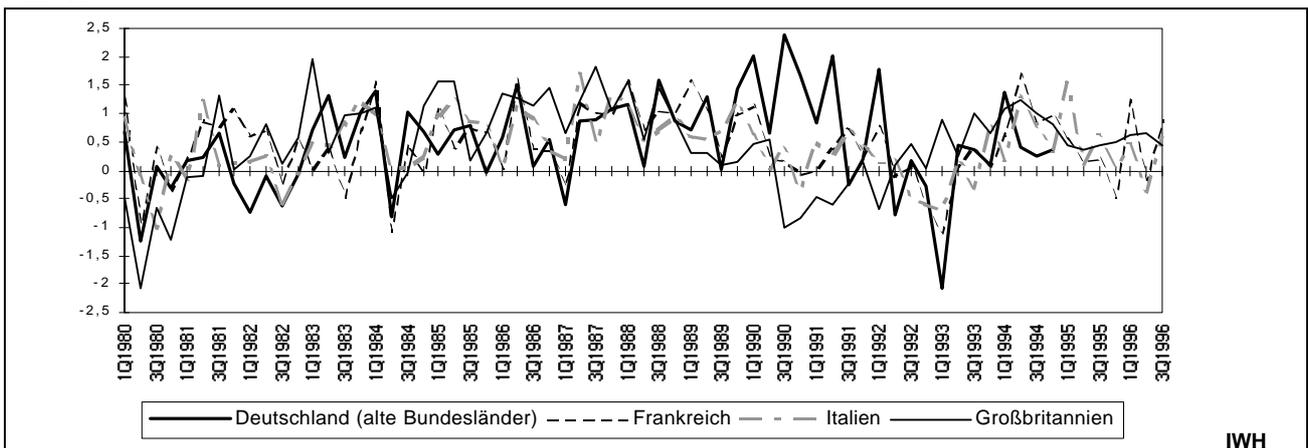
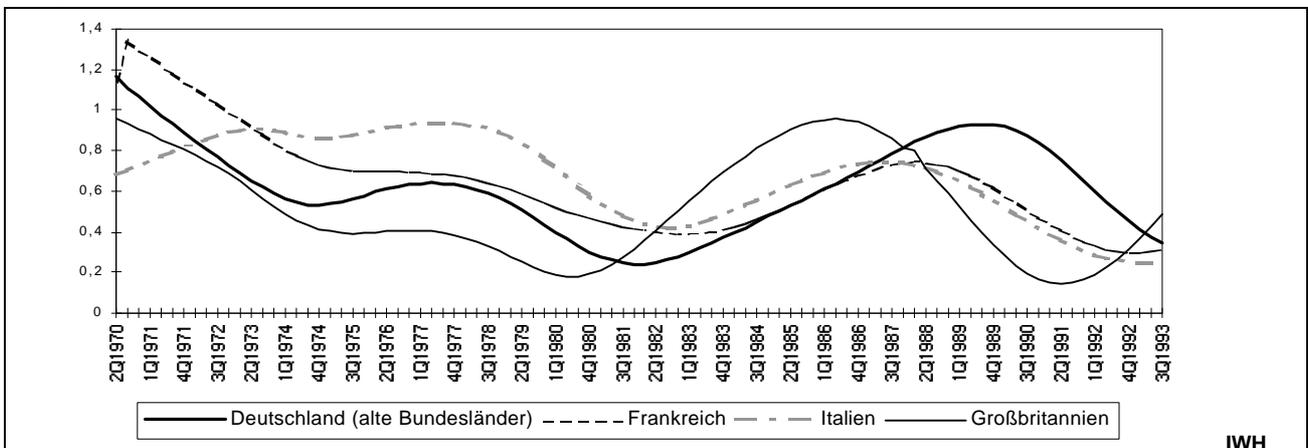


Abbildung 3:

Trendmäßige Entwicklung der Veränderungsrate des realen BIP gegenüber dem Vorquartal für die vier größten westeuropäischen Volkswirtschaften
- in vH -



Quelle: OECD. Berechnungen des IWH.

Tabelle:

Korrelation der Trendabweichungen der realen Wachstumsraten und Anteil der erklärten Variation für Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien

Zyklus	Deutschland		Frankreich		Italien		Großbritannien		Kritischer Korrelationskoeffizient ^c $r_{\alpha=0,05}$
	r^a	V^b	r^a	V^b	r^a	V^b	r^a	V^b	
Deutschland									
1970/II - 1975/I	1,00	-							0,42
1975/II - 1981/IV	1,00	-							0,42
1982/I - 1989/IV	1,00	-							0,35
1982/I - 1993/III	1,00	-							0,27
1990/I - 1996/IV	1,00	-							0,35
Frankreich									
1970/II - 1975/I	0,79	0,62	1,00	-					0,42
1975/II - 1981/IV	0,41	0,16	1,00	-					0,42
1982/I - 1989/IV	0,49	0,24	1,00	-					0,35
1982/I - 1993/III	0,62	0,38	1,00	-					0,27
1990/I - 1996/IV	0,51	0,26	1,00	-					0,35
Italien									
1970/II - 1975/I	0,59	0,35	0,69	0,48	1,00	-			0,42
1975/II - 1981/IV	0,33	0,11	0,38	0,14	1,00	-			0,42
1982/I - 1989/IV	0,48	0,23	0,38	0,14	1,00	-			0,35
1982/I - 1993/III	0,36	0,13	0,47	0,22	1,00	-			0,27
1990/I - 1996/IV	0,23	0,05	0,69	0,48	1,00	-			0,35
Großbritannien									
1970/II - 1975/I	0,37	0,14	0,37	0,14	-0,07	-	1,00	-	0,42
1975/II - 1981/IV	0,79	0,62	0,25	0,06	0,21	0,04	1,00	-	0,42
1982/I - 1989/IV	0,33	0,11	0,18	0,03	0,25	0,06	1,00	-	0,35
1982/I - 1993/III	-0,13	-	0,10	0,01	0,02	-	1,00	-	0,27
1990/I - 1996/IV	-0,44	-	-0,24	-	-0,02	-	1,00	-	0,35

^a Empirischer Korrelationskoeffizient. – ^b Anteil der erklärten Variation (Bestimmtheitsmaß). – ^c Der kritische Wert gibt die Grenze an, bis zu der die Übereinstimmungen zwischen den Reihen zufällig entstanden sind. Liegen die empirischen Werte darüber, kann mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 vH auf einen tieferen Zusammenhang der Reihen geschlossen werden, ohne allerdings Transmissions- und Kausalzusammenhänge explizit berücksichtigen zu können.

Quelle: OECD. Berechnungen des IWH.

eines HODRICK-PRESCOTT-Filters²² bestimmt worden ist. Die Abgrenzung der Zyklen kann der Tabelle 1 entnommen werden. Auch wenn (vgl. dazu Abbildung 3) dieses an den Wendepunkten der deutschen Konjunktur orientierte Konzept nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden kann, soll die dort vorgenommene Abgrenzung der Zyklen als repräsentativ angesehen werden. In der Tabelle sind die entsprechenden Korrelationskoeffizienten zwischen den konjunkturellen Schwankungen der vier Länder dargestellt, wobei der dritte Zy-

klus aus drei Blickwinkeln betrachtet wird: die Abgrenzungen 1982/I - 1993/III und 1982/I - 1989/IV beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet, wobei mit der zweiten Abgrenzung der Einfluß der vereinigungsbedingten Sonderkonjunktur 1990/91 auf die Korrelation ausgeschaltet werden soll. Nachrichtlich angefügt wurde der Zeitraum 1990/I bis 1996/IV. Die dort zugrundeliegenden Daten sind gesamtdeutsche Angaben.

Ein steigender Korrelationskoeffizient deutet darauf hin, daß die Übereinstimmungen zwischen den Zyklen – abgebildet durch einen zunehmenden Gleichlauf der konjunkturellen Schwankungen – zugenommen haben. Allerdings ist dieses Konzept partialanalytisch, so daß eine Unterscheidung nach endogenen bzw. exogenen Ursachen dafür nicht möglich ist. Die Ergebnisse zeigen, daß zwischen den drei kontinentaleuropäischen Ländern die Korrelation zwischen dem ersten und zweiten Zyklus zurückgegangen ist. Im dritten Zyklus weisen

²² Vgl. TICHY, G.: Konjunktur. Stilisierte Fakten, Theorie, Prognose. Heidelberg 1994. Der HODRICK-PRESCOTT-Filter ähnelt einem zentrierten, gleitenden Durchschnitt, wobei nicht die Länge der Stützperiode, sondern der Grad der Glättung festgelegt wird. Dabei wird mit Hilfe eines Gewichtungsparmeters abgewogen zwischen dem Ziel der Minimierung der Quadratsumme der Abweichung des Trends von den beobachteten Werten und der quadrierten Differenz aufeinanderfolgender Trendwerte. Der Gewichtungsparmeter wird bei Quartalswerten auf 1600 gesetzt.

Frankreich und Italien, zwischen denen der Gleichlauf der konjunkturellen Schwankungen zugenommen hat, gegenüber Deutschland einen steigenden Korrelationskoeffizienten auf, wobei die empirischen Koeffizienten in Abhängigkeit von der Abgrenzung variieren, was im Falle Italiens besonders im Zeitraum 1990/I - 1996/IV deutlich wird. Die Berechnungen für Großbritannien deuten vor allem auf eine zunehmende Abkopplung der britischen Konjunktur hin. Die Koeffizienten sind überwiegend nicht signifikant bzw. negativ.

Schlußfolgerungen

Die empirische Analyse legt drei allgemeine Ergebnisse nahe. Erstens zeigt sich, daß symmetrisch wirkende Angebotsschocks zu einer Konvergenz in der Wirtschaftsentwicklung führen. Die Erhöhung der Rohölpreise (diese hatten sich 1973/74 vervierfacht und 1979/80 nochmals verdoppelt) hatte in allen westeuropäischen Ländern eine Rezession zur Folge. Zweitens können monetäre Mechanismen einen sehr engen Konjunkturverbund erzwingen, der sich in Systemen fester Wechselkurse aus konvergierenden Zinssätzen erklären läßt. Zwischen den drei kontinentaleuropäischen Ländern, die sich am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems – ein System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse – beteiligten, zeigt sich eine steigende Korrelation der konjunkturellen Schwankungen. Italien und Frankreich gingen ab Mitte der 80er Jahre dazu über, anstelle einer eherbeschäftigungsorientierten Geldpo-

litik einen stabilitätsorientierten Ansatz nach dem Vorbild der Bundesbank zu verfolgen, was sich auch in einer Phase relativer Stabilität der Währungsbeziehungen äußerte. Der im Gegensatz dazu zurückgegangene empirische Koeffizient für Großbritannien kann seine Ursachen darin haben, daß das Britische Pfund bis 1990 frei floatete. Drittens läßt sich festhalten, daß in Vorbereitung auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vor allem den folgenden Fragen stärkere Beachtung geschenkt werden sollte: Wie werden die Anpassungsprozesse in einem einheitlichen Währungsraum auf asymmetrische Schocks verlaufen, wenn eine autonome nationale Geldpolitik bzw. das Instrument der Wechselkursanpassung nicht zur Verfügung steht? Wie kann vermieden werden, daß die – weiterhin in die nationale Zuständigkeit fallende – Wirtschaftspolitik der an der Währungsunion teilnehmenden Länder die auf einen stabilitätsorientierten Kurs verpflichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank konterkariert? Welche Steuer- und Transfermechanismen sind nötig, um bei Auftreten asymmetrischer Schocks die nationale Fiskalpolitik zu entlasten und negative spill-overs auf andere Länder bzw. auf den Erfolg der Währungsunion insgesamt zu vermeiden? Die Antworten auf diese Fragen werden um so drängender, da sich immer mehr abzeichnet, daß die Europäische Währungsunion 1999 mit einem relativ großen Teilnehmerkreis beginnen wird.

Michael Seifert
(mst@iwh.uni-halle.de)

Liberalisierung von Versorgungsindustrien: Erfahrungen aus Großbritannien*

Die Liberalisierung leitungsgebundener Industrien hat neben den intendierten Wirkungen eine Reihe von Nebeneffekten. So stehen Kosten- und Preissenkungen sowie einer erhöhten Flexibilität und Transparenz innerhalb der liberalisierten Industrien weitreichende Auswirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche gegenüber. Wichtig ist deshalb, ein gewisses Maß an Regulierung zunächst beizubehalten: Zum einen dort, wo Wettbewerb in-

folge von produktionstechnischen Besonderheiten zu suboptimalen Lösungen führen würden, zum anderen dort, wo etablierte Unternehmen ihre anfangs noch bestehende Marktmacht zu wettbewerbsschädlichem Verhalten mißbrauchen könnten.

Die Liberalisierung leitungsgebundener Versorgungsindustrien, wie der Strom- und Gaswirtschaft, der Telekommunikation, aber auch der Wasserversorgung und der Bahn, steht weltweit auf der wirtschaftspolitischen Agenda.²³ Auch in Deutschland haben die Umstellungsprozesse begonnen: im Telekommunikationssektor, bei der Bahn und in naher Zukunft auch in der Elektrizitätswirtschaft. Bis

* Die Autorin, Ilka Lewington, ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for the Study of Regulated Industries (CRI), London, tätig. Der vorliegende Beitrag entstand während eines Aufenthalts als Gastwissenschaftlerin am IWH und faßt wesentliche Ergebnisse ihrer langjährigen Forschungstätigkeit zum internationalen Vergleich von Regulierungssystemen zusammen.

²³ Vgl. LEWINGTON, I. (ed.): *Utility Regulation 1997*, Privatisation International. London 1997.